

Asyl

## Albaner zurück?

Albanischen Flüchtlingen, die mit Hilfe der Uno über Italien nach Deutschland ausreisen konnten, soll die Asylberechtigung pauschal abgesprochen werden. Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) nutzt damit bei einer großen Gruppe von Flüchtlingen eine Regelung im Asylverfahrensgesetz, nach der die Anerkennung als politisch Verfolgter widerrufen werden kann. Betroffen sind rund 3200 Albaner, die 1990 die Deutsche Botschaft in Tirana besetzt hatten und dann in Deutschland aufgenommen wurden. In ersten Schreiben des Kanther unterstehenden Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wird der Asyl-Widerruf mit den „grundlegend veränderten politischen Ver-



Albanische Flüchtlinge in Deutschland (1990)

hältnissen in Albanien“ begründet. Der Kasseler Rechtsanwalt Axel Selbert, der mehrere Albaner vertritt, erwartet nun, daß nach dem Asylenzug „die Betroffenen unter Abschiebungsandrohung zur Ausreise aufgefordert werden“.

Atomkraft

## Vergoldeter Schatten



Kernkraftwerk Leibstadt

Während deutsche Umwelt- und Naturschützer heftig gegen grenznahe Schweizer Atomanlagen protestieren, lassen sich die drei südbadischen Gemeinden Dogern, Albruck und Waldshut-Tiengen ihr Schattendasein am Rande des eidgenössischen Kernkraftwerks Leibstadt vergolden. Weil die bis zu 500 Meter hohe und manchmal mehrere Kilometer lange Dampffahne des Leibstadt-Kühlturms auf deutscher Seite lange Schatten wirft, überweisen die schweizerischen Kraftwerksbetreiber jährlich insgesamt 100 000 Mark an die drei Grenzorte. 400 000 Mark haben die Gemeinden bereits kassiert, doch 1995 sollen die Zahlungen auslaufen. Dann

will der Waldshuter Kommunalpolitiker Bernhard Wütz wieder mit den Schweizer Nachbarn verhandeln: „Ich sehe da einen Rechtsanspruch.“

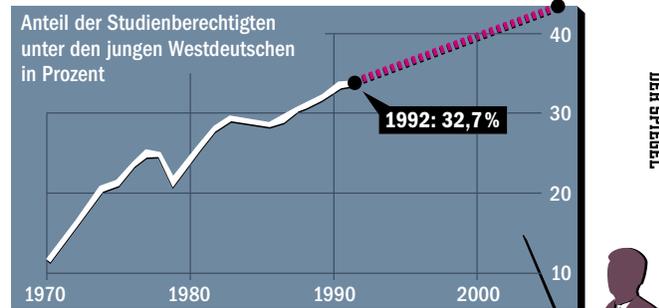
Parteien

## Bröckeln im Brunner-Bund

Kurz vor ihrer ersten Bewährungsprobe bei den Europawahlen am 12. Juni haben die neue Rechtspartei Bund freier Bürger (BfB) und ihr Vorsitzender Manfred Brunner einen herben Rückschlag zu verkraften. Aus dem Bund, der nur wenige hundert Mit-

glieder zählt, stiegen jetzt drei Vorstandsmitglieder unter massiver Kritik am Parteikurs aus: Die Dissidenten Erwin Wickert, 79, Ex-Botschafter in Peking, Hans Schauer, 67, früher Botschafter in Australien, und Ralph Gutmann, 60, Bundesvorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, werfen dem BfB einen starken Rechtsdrall vor. Wickert moniert vor allem die politische Nähe Brunners zum Chef der Freiheitlichen Partei Österreichs, Jörg Haider, der „den Ruf eines Mannes der äußersten Rechten“ habe. Brunners Pakt mit Haider, klagt Wickert, werde „Wähler verschrecken“.

## Verschärftes Gedränge



Die Überfüllung der Universitäten und Fachhochschulen wird in den nächsten Jahren noch dramatischer, weil die Zahl der Studienberechtigten unvermindert wächst. Schon jetzt drängen sich mehr als 1,8 Millionen Hochschulstudenten auf rund 900 000 Studienplätzen. Während 1992 erst 32,7 Prozent der 18 bis unter 21 Jahre alten Westdeutschen und gerade 19,4 Prozent der gleichaltrigen Ostdeutschen eine Studienberechtigung hatten, werden nach Berechnungen der Kultusministerkonferenz bis zum Jahr 2006 über 41 Prozent der jungen Deutschen das Abitur oder die Fachhochschulreife besitzen.

2006: 41,6%

1992: 32,7%

DER SPIEGEL



Wahlhelfer

## Bußgeld für Zählverweigerer

Die Bereitschaft der Bürger, ehrenamtlich in Wahllokalen mitzuarbeiten und beispielsweise Stimmen auszuzählen, hat im Superwahljahr einen Tiefpunkt erreicht. Kommunalverwaltungen berichten von wachsenden Schwierigkeiten, freiwillige Helfer zu gewinnen. Bei der Landtagswahl in Niedersachsen etwa haben rund 1000 der 3000 Hannoveraner, die zur Wahlhilfe aufgefordert worden waren, den Zählendienst



Wahlhelfer

verweigert. Viele Bürger hätten, so das Wahlamt, vorgebracht, ihnen sei „ihre Freizeit heilig“. Auch die im Wahlgesetz vorgesehene Entschädigung von 30 Mark biete keinen Anreiz. Um zur Europa- und zur Bundestagswahl jeweils weitere 3000 Helfer rekrutieren zu können, wollen die Kommunalverwaltungen in Zukunft die Ablehnungsgründe der Zählendienstverweigerer schärfer überprüfen und notfalls auch Bußgelder verhängen.

Rechtsstaat

## Zitat

„Ich habe großes Verständnis für den Rechtsstaat, aber manchmal wünsche ich ihn mir weit weg.“  
*Andreas Trautvetter (CDU), Thüringer Staatskanzleiminister*